

## RESOLUTION

**zum 53. Österreichischen Gemeindetag  
am 21. und 22. September 2006 in Wien**

Die österreichischen Gemeinden sind jene Einheiten, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten sind und das höchste Vertrauen unter der Bevölkerung genießen. Die Delegierten des 53. Österreichischen Gemeindetages, vertreten die Anliegen von 2.345 heimischen Gemeinden und weisen auf das nationale Anliegen, den ländlichen Raum in seiner Vielfalt und Schönheit als Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum zu sichern und stärken. Die Gleichwertigkeit der Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum im Verhältnis zu den Ballungsräumen muss dauerhaft sichergestellt werden.

Ausgehend von der Tatsache, dass die kleinen und mittleren Gemeinden sowie die KMU das Rückgrat dieses ländlichen Raumes bilden, erheben die Gemeinden folgende Forderungen:

### **Masterplan für Infrastruktur**

Der Gemeindebund hat in den vergangenen Monaten mehrfach die Erstellung eines Masterplans für Infrastruktur verlangt. Die Erstellung und rasche Umsetzung eines derartigen Masterplanes für die Infrastruktur im ländlichen Raum ist ein Gebot der Stunde.

Die Herausforderung dabei ist, eine Vernetzung aller maßgeblichen Akteure zu erreichen und konkrete Lösungsansätze für eine zukunftsweisende Entwicklung nicht nur auf wirtschaftlicher, sondern auch auf sozialer Ebene anzubieten. Der Plan soll auch die finanziellen Auswirkungen von Maßnahmen auf die regionale Entwicklung evaluieren.

**Die österreichischen Gemeinden fordern eindringlich die rasche Erstellung dieses Masterplans und die rasche und koordinierte Umsetzung etwaiger Ergebnisse durch Bund, Länder und Gemeinden.**

### **Finanzielle Situation der Gemeinden**

Die Gemeinden erfüllen als einzige Ebene regelmäßig die Vorgaben des Stabilitätspaktes und haben alle in der Verwaltungsreform vereinbarten Einsparungen beim Personal durchgeführt. Die ständig hinzukommenden Aufgaben für die Gemeinden werden von ebendiesen gerne erbracht, vor allem weil die Gemeinden die bürgernächsten und am effizientest verwalteten Körperschaften sind. Gerade deshalb ist die finanzielle Ausstattung der Gemeinden im ländlichen Raum nachhaltig sicherzustellen und den gestiegenen Aufgaben anzupassen. Der laufende Finanzausgleich hat den Gemeinden unter 10.000 EW geringfügige Verbesserungen gebracht, im nächsten Finanzausgleich ist eine weitere bedarfsorientierte finanzielle Stärkung der kleinen und mittleren Gemeinden anzustreben.

**Die Gemeinden fordern daher die dauerhafte zusätzliche Abgeltung von Maßnahmen, die einen personellen oder finanziellen Mehraufwand bedeuten.**

### **Wirtschaft im ländlichen Raum**

Klein- und Mittelbetriebe tragen die Wirtschaft im ländlichen Raum und schaffen den Großteil der Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen. Der Gemeindebund und seine Mitgliedsgemeinden begrüßen jegliche Maßnahme, die zur Stärkung und Förderung der

mittelständischen Wirtschaft beiträgt. Um KMU dauerhaft im ländlichen Raum anzusiedeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen ist ein wirksames Anreiz- und Fördersystem auszubauen, vor allem in den Bereichen Infrastruktur, Interkommunale Kooperationen sowie Aus- und Fortbildung qualifizierter Mitarbeiter.

**Die Gemeinden fordern daher zusätzliche Maßnahmen und Anreize, die den Erhalt und die Ansiedelung von KMU im ländlichen Raum begünstigen.**

### **Soziales und Pflege**

Die demographische Entwicklung trifft die Gemeinden, die sowohl in der Kinderbetreuung wie in der Altenpflege die Hauptlast tragen, in besonderer Weise, wobei vor allem im ländlichen Raum die Auswirkungen gravierend sind.

Es wird gefordert, dass der Bund eine finanzielle Mitverantwortung für den Pflegebereich übernimmt, die auch die Kostensteigerungen in diesem Bereich berücksichtigt.. Wenn die finanziellen Fragen zwischen Bund und Ländern beraten und in Form einer 15a-Vereinbarung geregelt werden, sind die Gemeinden aufgrund ihrer materiellen und immateriellen Leistungen in diesem Bereich in die Verhandlungen und in den Vertragsabschluss gleichberechtigt einzubinden. Vor allem jedoch soll schnellstmöglich eine umfassende Ist-Analyse den Bedarf erheben und die bestehenden finanziellen Leistungen von Bund, Ländern und Gemeinden in diesem Bereich darstellen.

**Die Gemeinden fordern daher eine höhere finanzielle Mitverantwortung von Bund und Ländern im Bereich der Pflege- und Sozialleistungen.**

### **Position der Bürgermeister und kommunalen Mandatäre**

Das Berufsbild von Bürgermeister/innen und Gemeindevertreter/innen hat sich in den letzten Jahrzehnten massiv verändert. Das Anforderungsprofil ist qualitativ und quantitativ erheblich höher als noch vor wenigen Jahren. Ein Bürgermeister benötigt heute ein enormes Maß an Management-Fähigkeiten, um seine Gemeinde in eine erfolgreiche Zukunft zu führen. Um sicher zu stellen, dass auch in Zukunft die besten und geeignetsten Persönlichkeiten bereit sind, sich für ihre Mitbürger zu engagieren und auf lokaler Ebene Verantwortung zu übernehmen, sind besoldungs- und sozialrechtliche Benachteiligungen der Bürgermeister gegenüber anderen öffentlichen Funktionsträgern zu beseitigen.

**Die Gemeinden fordern daher die schnellstmögliche Beseitigung von besoldungs- und sozialrechtlichen Nachteilen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.**

Die Delegierten des Gemeindetages und Vertreter von 2.345 österreichischen Gemeinden weisen darauf hin, dass diese Anliegen auch in einem umfangreichen Forderungspapier dem neu zu wählenden Nationalrat und der neu zu konstituierenden Bundesregierung unterbreitet werden.